

Die Zukunft des «Bund» im Grossen Rat

Medienpolitik nun auch im Grossen Rat: Jakob Etter (bdp, Treiten) hat in der laufenden Session des Kantonsparlaments eine Interpellation eingereicht, in der er sich besorgt zeigt über die Zukunft der bernischen Presse. Sein Vorstoss nimmt Bezug auf die Ankündigung der Zürcher Tamedia AG, den «Bund» Mitte 2009 entweder mit der «Berner Zeitung» BZ zusammenzulegen oder für ihn eine enge Zusammenarbeit mit dem «Tages-Anzeiger» zu entwickeln. Beide Lösungen würden das Ende der Eigenständigkeit des «Bund» bedeuten. Dem Tamedia-Verlag gehört die Espace Media Groupe und damit die beiden Titel «Berner Zeitung» und «Bund».

Grossrat Etter bezieht seinen Vorstoss ebenfalls auf das Bieler Tagblatt, das Restrukturierungen «mit grösseren Einsparungen und Stellenreduktionen» anmeldet, wie er schreibt. Und auch das «Journal du Jura» sei in der heutigen Erscheinung gefährdet. «Die Berner Presselandschaft ist in Gefahr», schreibt Etter. Er fragt, ob der Regierungsrat seine Einschätzung teile und welche Schlussfolgerungen er aus der Tatsache ziehe, dass die beiden grössten bernischen Tageszeitungen von einem Zürcher Verlag kontrolliert werden. Etter will weiter wissen, was der Regierungsrat unternehme, «um eine objektive Berichterstattung aus dem Kanton Bern langfristig zu gewährleisten».

Bereits am 18. Dezember hatte der bernische Regierungsrat an die Tamedia AG geschrieben: Er erachte es als wichtig, «dass auch in der Hauptstadt Bern weiterhin zwei Tageszeitungen mit eigenständigen Redaktionen das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen eng begleiten».

Seit der Tamedia-Ankündigung von Anfang Dezember sammelt das Komitee «Rettet den Bund» Unterschriften für eine Petition. Das Komitee setzt sich dafür ein, dass der «Bund» «im Strudel von Restrukturierungen und Sparmassnahmen nicht zerstückelt wird». Diese Woche wurde die Schwelle von 10000 Unterschriften überschritten. (db)

[i] www.rettet-den-bund.ch